

KOORDINATIONSGRUPPE

Hessischer Nicaragua-Initiativen und kommunaler Partnerschaften



Stimmen aus Zentralamerika: Das Assoziierungsabkommen mit der EU dient nicht der Entwicklung, sondern verstärkt die Ungleichheit!

(Frankfurt, 8.5.2010; Michael Müller-Puhlmann) Zu Beginn der Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen mit Zentralamerika redete die EU noch viel über „politischen Dialog“ und „Entwicklungszusammenarbeit“. Jetzt gehe es ihr fast nur noch um Handelsthemen, sagte **Carlos Aguilar**, Politologe und Koordinator des mittelamerikanischen Netzwerks „grito de los excluidos“ („Schrei der Ausgegrenzten“). Und statt um fairen Handel zum beiderseitigen Vorteil gehe es der EU inzwischen nur noch um Freihandel. Bei Freihandel ist immer der Stärkere im Vorteil – und das sind in aller Regel die europäischen Akteure.

Zentralamerika ist zwar ein kleiner und für Europa bisher vergleichsweise unbedeutender Markt. Aguilar zufolge ist er jedoch interessant, um die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen mit US-Konzernen auszutesten und zu verbessern.

Carlos Aguilar kam am Freitag, dem 7.5.2010, abends gemeinsam mit **Lorena Zelaya**, Ärztin aus Copan in Honduras und Aktivistin der nationalen Widerstandsfront gegen die Putschregierung, auf Einladung der Hessen-Koordination der Nicaragua-Initiativen und des Entwicklungspolitischen Netzwerks Hessen ins Titus-Forum nach Frankfurt. Den entwicklungspolitisch interessierten und engagierten hessischen Bürgern kam es darauf an, kritischen Stimmen aus Zentralamerika hier Gehör zu verschaffen.

Sowohl die EU-Kommission als auch die Regierungen Zentralamerikas haben wenig Interesse an öffentlichen Diskussionen zu den Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen. Allenfalls finden noch Abstimmungsgespräche mit Unternehmerverbänden statt – der anfangs proklamierte Dialog mit der Zivilgesellschaft wurde früh eingestellt.

Das Assoziierungsabkommen der EU mit Zentralamerika soll auf dem Gipfel EU – Lateinamerika Mitte Mai in Madrid unterzeichnet werden. Doch etliche Fragen sind noch strittig – so z.B. die von der EU verlangten höheren Importquoten für europäische Milchprodukte. Die Milchwirtschaft in Zentralamerika befürchtet, dass Produkte aus der hochsubventionierten europäischen Landwirtschaft sie mit Dumpingpreisen aus dem Markt drängen. Die exportorientierten Produzenten von Bananen, Zucker und Kaffee in Zentralamerika beklagen die hohen Zölle und zu niedrigen Exportquoten der EU für ihre Produkte. Die kleinen und mittleren Bauern, die in Zentralamerika Grundnahrungsmittel für den internen Konsum anbauen, werden aller Voraussicht nach ohnehin zu den Verlierern zählen: Sie sind gegenüber der subventionierten europäischen Landwirtschaft nicht konkurrenzfähig. Wenn sie aber nicht mehr säen und ernten, weil sie vom Verkauf ihrer Produkte nicht mehr leben können, ist die Ernährungslage der armen Bevölkerungsmehrheit in Zentralamerika bedroht – weil die Weltmarktpreise stark schwanken. Werden die Lebensmittel teurer, führt das zu Hunger – denn viele können sich dann nicht mehr leisten, was sie zum Überleben brauchen.

Die EU ist vor allem daran interessiert, dass Costa Rica, Panama und Guatemala, mit denen sie bisher schon am meisten Außenhandel betreibt, unterschreiben. Die honduranische Regierung wird letztlich alles unterschreiben – weil sie mit der Einbeziehung in dieses Abkom-

men politisch anerkannt wird. El Salvador und Nicaragua werden deshalb eine Unterschrift kaum verweigern können, wenn sie sich nicht wirtschaftlich isolieren wollen.

Carlos Aguilar wies darauf hin, dass diese Form von Assoziierungsabkommen die wirtschaftlich dominierenden Organisationen in Europa weiter stärkt und ihnen dabei hilft, ein „Europa des Kapitals“ zu schaffen. Wenn sich Menschen in Europa gegen dieses Abkommen wenden, sind sie nicht nur solidarisch mit den Völkern Zentralamerikas, sondern stärken auch ihre eigene Position im Kampf um ein solidarischeres Gesellschaftsmodell.

Lorena Zelaya erinnerte daran, dass am 28.6. der erste Jahrestag des Militärputsches in Honduras ist. Präsident Zelaya habe versucht, den in seinem Land praktizierten Neoliberalismus in einigen Aspekten zu verändern (mehr Beteiligung des Volkes, keine Privatisierung des wichtigsten Hafens, der Wasser- und Stromversorgung). Daraufhin habe ihn das Militär auf Verlangen der nationalen Oligarchie gestürzt. Dieser Putsch sei mehr oder weniger heimlich von den USA, dem katholischen Episkopat, nationalen und transnationalen Unternehmen und den ihnen gehörenden Medien unterstützt worden. Seitdem finden immer wieder phantasievolle Widerstandsaktionen auf den Straßen statt. Die Mehrheit des Volkes habe sich nicht an den Wahlen am 20.11.2009 beteiligt, mit denen versucht wurde, der in der Tradition des Putsches stehenden Regierung des neuen Präsidenten Porfirio Lobo einen verfassungsmäßigen Anstrich zu geben. Honduras ist kein Rechtsstaat. Es gab inzwischen schon viele Tote und ständig werden Menschenrechte verletzt, aber sowohl die Staatsanwaltschaft als auch der Oberste Gerichtshof, die Polizei und das Militär stehen unter Kontrolle der Putschisten. Angezeigte Menschenrechtsverletzungen werden nicht untersucht. Die einfache Bevölkerung widersteht dieser Regierung in vielfältigen Formen. In einer großen Unterschriftenaktion will die nationale Widerstandsfront gegen die Putschregierung zum 28.6.2010 mehr als 1,2 Mio. Unterschriften für eine neue verfassungsgebende Versammlung sammeln.

Die Staatshäupter aus Mexiko und anderen lateinamerikanischen Ländern erklärten, sie würden am Gipfel EU – Iberoamerika nicht teilnehmen, wenn auch Porfirio Lobo teilnimmt. Lorena Zelaya nimmt an, dass die EU – um einen solchen Eklat zu vermeiden – einen Parallelgipfel mit Regierungschefs aus Zentralamerika zur Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens veranstalten wird. Sie appelliert an die Menschen in Europa, sich gegen die Anerkennung der Putschisten-Nachfolgeregierung zu wenden und den Kampf des honduranischen Volkes für eine demokratische Regierungsform zu unterstützen.